

Vorbild: Gemeinden

THEMA DER

Gemeinden brauchen Betriebe, diese bringen Geld und Arbeitsplätze. Und deshalb wird um neue Betriebe oft gnadenlos gefeilscht – ohne Rücksicht auf Nachbargemeinden und nicht selten zum Schaden der Region. Im Oberpinzgau tritt man dem mit einer neuer Form der Zusammenarbeit entgegen.

ERWIN SIMONITSCH

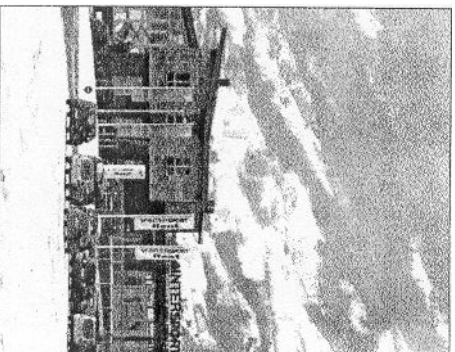
MITTERSILL. Den Anstoß gab im Jahr 2004 die Österreichische Post. Diese plante neue Verteilerzentren. Bei der Auswahl der Standorte war sie nicht zimperlich, sagen die Bürgermeister Wolfgang Vertler (Mittersill) und Wolfgang Zingler (Hollersbach): „Die Post ließ öffentlich verhandeln, dass sich die Refundierung der Kommunalsteuer oder sonstige Steuererwignungen positiv auf die Standortentscheidung auswirken könne.“

Mittersill und Hollersbach wollten sich aber keinen „desaströsen Wettbewerb, der nicht zu gewinnen ist, liefern“, so die Ortschefs. Zuvor es zuvor Streit um Betriebsansiedlungen zwischen Mittersill und Stuhlfelden gegeben habe. „Das Problem lag

darin, dass Handelsketten ihre Filialen verstärkt auf die grüne Wiese stellen. Supermärkte siedeln sich in Nähe zum Mittersiller Ortskern, jedoch auf Stuhlfelder Gebiet an. Dadurch entstand auch eine kleine Speckgürtelsituation, wie man sie im größeren Maßstab im Umfeld der Stadt Salzburg kennt“, sagt Vertler. Dieser Entwicklung wollte man entgegensteuern.

Kooperation gilt für Gebiet der Kommunen

Es kam zu ausführlichen Diskussionen in den Gemeindevertretungen von Hollersbach, Mittersill und Stuhlfelden. Daran nahmen auch Vertreter von Salzburg Wirtschaftskammer und Land Salzburg teil. „Gesucht wurde nach einer sinnvollen Inter-



In Hollersbach steht das erste Projekt für kommunalen Kooperation für Betriebsansiedlungen.

„Es gab Modelle, die auf dem Gedanken basieren, definierte Gewerbegebiete aufzuschließen und die daraus resultierenden

Einnahmen nach einem bestimmten Schlüssel zu teilen“, sagte Vertler. Aber das reichte Hollersbach, Mittersill und Stuhlfelden nicht. Die Kooperation sollte das gesamte Gebiet der drei Gemeinden umfassen. Da-



das die Regelung gilt: Die Panoramabahn und angeschlossene Betriebe. Bild: SW/SIMWO

raus entwickelte sich ein Modell, das seit einem Jahr in Kraft ist. Die Bürgermeister trafen die Vereinbarung, dass sie sich die Kommunalsteuer aller neuen Betriebe, die sich in einem der drei Orte ansiedeln, aufteilen.

Die Standortgemeinde erhält als Basisbetrag 25 Prozent. Von den restlichen 75 Prozent erhalten Mittersill 50, Hollersbach 24, Stuhlfelden 26 Prozent. Die Amtsleiter dürfen in die Bücher

Einsicht nehmen. Die Vereinbarung gilt vorerst für drei Jahre, nach dem ersten wird eine positive Zwischenbilanz gezogen.

Bürgermeister Wolfgang Zingler (ÖVP): „Das erste Projekt, bei dem die neue Regelung zur Anwendung kam, war die Panoramabahn Kitzbüheler Alpen sowie die Betriebe, die in Zusammenhang damit stehen. Der Standort ist Hollersbach, aber wir alleine wären nie instande

teilen sich die Steuer

gewesen, das entsprechend zu bewerten, dazu brauche es die Zusammenarbeit.“ Heuer sollen neue Betriebe dazukommen, u.a. das Nationalparkzentrum in Mittersill. Für dieses sei es besonders wichtig gewesen, den besten Standort zu finden, sagt Stuhlfeldens Bürgermeisterin Sonja Ottenbacher (ÖVP): „Prinzipiell geht es nicht nur um Geld, sondern um die Entwicklung der Orte und um das Landschaftsbild. Das ist in einer touristischen Region sehr wichtig.“

Im Mittelpunkt: die Entwicklung der Region

Durch diese Kooperation werde das Standortprofil deutlich besser. Orte und Unternehmen würden davon profitieren, sagt Wolfgang Vertler, der sich in seiner früheren Tätigkeit als Geschäftsführer der „SalzburgAgentur“ detailliertes Wissen bezüglich Betriebsansiedlungen aneignen konnte. Mit diesem Modell soll der Kirchurnpolitik entgegen gewirkt werden, so die drei Bürgermeister. Und dadurch sei das Wachstum der Betriebe und der Region gewährleistet.